

VOM LANDBUND ZUM HEIMATBUND: STOCKER UND HARTLEB (1946–1948)

„Bisher sind die Redner aus der Stadt zu den Bauern auf das Land gekommen. Ich mache es heute umgekehrt.“

Vizekanzler Karl Hartleb in Graz, 9. Juni 1949

Adam Wandruszka hat in seiner klassischen Studie über die politische Struktur Österreichs mit feiner Ironie von den drei „gottgewollten“ Lagern gesprochen. Drei Parteien gab es freilich auch schon am Beginn der Zweiten Republik. Allerdings waren die dritte damals die Kommunisten. Für eine Partei, die sich die Aufgabe stellte, das „dritte Lager“ zu repräsentieren, blieb folglich nur mehr die Ordnungszahl „4“ übrig. Es gehört zu den berüchtigten „Was wäre wenn“-Fragen, ob sich eine solche „vierte Partei“ auch dann hätte bilden können, wenn man den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP das Wahlrecht 1945 nicht entzogen hätte. Dieser pauschale Entzug von Bürgerrechten war äußerst problematisch. Vom Standpunkt einer „vierten Partei“ war er jedoch nahezu ein Glücksfall. Denn so fiel 1948/49 die Minderbelastetenamnestie mit der Möglichkeit zusammen, zumindest neue „Wahlparteien“ zu bilden. Das gab der Sache von Anfang an eine ganz andere Dynamik. Schon lange vor den Nationalratswahlen 1949 war eine solche „vierte Partei“ in aller Munde. Als Geburtsstunde dieser Partei gilt der 4. Februar 1949, als Herbert Kraus im Café Bazar in Salzburg die Bildung des „Verbands der Unabhängigen“ bekanntgab. Doch diese historische Pressekonferenz stand bereits am Ende einer Entwicklung, die schon sehr viel früher begonnen hatte; den wenigsten war bewußt, wie früh.

So wie der 75jährige Dr. Karl Renner, der Staatskanzler von 1918, im April 1945 zu einem Comeback schritt und die Zweite Republik aus der Taufe hob, nicht ohne am Ballhausplatz noch zu einem wehmütigen Rückblick auf die großdeutschen Träume seiner Jugend auszuholen, setzte wenige Monate später auch sein Parlamentskollege Leopold Stocker zu einem Dacapo an. Denn Stocker, ein gebürtiger Waldviertler, der als graduerter Diplom-Landwirt die Vertretung der Mannesmann-Thomas-Phosphatwerke für die österreichischen Alpenländer in Graz übernommen und dort im Jahre 1917 seinen Verlag begründet hatte, war im Dezember 1918 Gründer des „Deutschen Bauernbundes in der Steiermark gewesen, einer Vorläuferorganisation des Landbundes für Österreich, dessen erster Obmann er dann seit Februar 1922 war. Am 25. Oktober 1945, exakt einen Monat vor den ersten Nationalratswahlen, reichte Stocker bei der britischen Militärregierung ein Ansuchen um Genehmigung der Wiedereinrichtung des Steirischen Landbundes ein. Er tat das, wie er betonte, im Auftrag und im vollen Einvernehmen mit dem letzten Obmann der Partei, dem kurz darauf verschiedenen Vizekanzler a. D. Franz Winkler. Die Legitimität seiner Bemühungen ließ sich Stocker übrigens eigens auch von Renner bestätigen, der ihm versicherte, daß er „bei allen Gelegenheiten, die sich mir bieten, meinen Einfluß dahin geltend machen werde, daß die Freiheit der Parteibildung praktisch zum Durchbruch kommt“.

Die Briten reagierten nicht. Bloß in Kärnten genehmigten sie eine vierte Partei, die Demokratische Partei, die schüchterne Anklänge an den alten Landbund erkennen ließ, ohne ein Element personeller Kontinuität aber als künstliches Implantat wirkte und über kurz oder lang vom „Gewerbe“ abgestoßen wurde. Ihrem einzigen authentischen Kandidaten, Franz v. Knapitsch, wurde 1946 sein Landtagsmandat aberkannt. Die Gruppe geriet später dann in ein rufschädigendes Verhältnis mit Univ.-Prof. Josef Dobretsberger, einem Linkskatholiken, der als Schuschniggs Sozialminister gedient hatte und in den fünfziger Jahren als Aushängeschild der kommunistischen „Volksopposition“ endete. Ein Wanderer zwischen den Welten von

„rot“ und „schwarz“ war also auch Dobretsberger, doch so ziemlich das Gegenteil dessen, wofür der Landbund gestanden hatte.

Der Landbund, das war „die andere Hälfte“ des nationalen Lagers der Zwischenkriegszeit. Während die Großdeutsche Volkspartei schon in Richtung Heimwehren ausgeblutet war, bevor sie in den dreißiger Jahren von der NSDAP überrollt wurde, hatte sich der Landbund besser behauptet. Sein Manko war allerdings, daß er in der Hälfte des Bundesgebietes nicht vertreten war, fast nicht in den Großstädten, nicht in tiefschwarzen Gegenden wie Tirol oder dem Großteil Niederösterreichs. er war antiklerikal, wenn auch nicht ausgesprochen kulturkämpferisch. Er verstand sich als Partei des gesamten „Landvolkes“, nicht bloß als reine Bauernpartei, verfügte aber naturgemäß über städtischen Anhang allenfalls bei den Hausbesitzern. Seine klare agrarische Ausrichtung verschaffte ihm andererseits eine gewisse Durchschlagskraft. In Kärnten war der Landbund stärkste Kraft und stellte den Landeshauptmann; in der Steiermark den Präsidenten der Landwirtschaftskammer; in Oberösterreich immerhin eine ansehnliche und einflußreiche Minderheit. Sein fester Rückhalt lag bei den mittleren und größeren Bauern, die sich gegebenenfalls auch als politische Minderheit zu behaupten wußten. Im Südburgenland, in der Oststeiermark, im Montafon, bei den niederösterreichischen Weinbauern hingegen war das anders. Diese kleinbäuerlichen Reviere aufzusaugen, fiel der ÖVP nach 1945 viel leichter, als bei den „Sterzgrafen“ und Sägewerksbesitzern in Kärnten und den angrenzenden Teilen der Obersteiermark Anhänger zu gewinnen.

Der Landbund trat 1927 in die Regierung ein und besetzte mit Karl Hartleb, Vinzenz Schumy und Franz Winkler die Funktionen des Innenministers und des Vizekanzlers. 1933/34 spaltete sich der Landbund: Ein Teil um den Kärntner Schumy und den Steirer Thoma versuchte, sich im Gefüge des autoritären Ständestaates zu behaupten. Es war im wesentlichen dieser Flügel, der 1945 die ÖVP mitbegründete, die sich im Untertitel ursprünglich ja „Christlichsoziale und Landbund“ nannte. Noch zehn Jahre später klagte einer seiner Kollegen, es sei „die historische Schuld“ Schumys, 1945 keine national-freiheitliche Partei angemeldet zu haben. Von Schumys Mitstreiter Stefan Tauschitz, 1934 Staatssekretär für Äußeres, hieß es, man habe ihn nach 1945 als Gesandten nach Argentinien geschickt, um genau das zu vermeiden.

Ein anderer Teil des Landbundes driftete ab 1933 in Richtung nationale Opposition und entwickelte sich dort zum Bundesgenossen der NSDAP. Im Reichsnährstand der Kriegsjahre nahmen alte Landbündler vielfach hohe Funktionen ein, jedoch mit starken regionalen Unterschieden. Am deutlichsten ausgeprägt war diese Symbiose in Kärnten. In der Steiermark hingegen war die NS-Elite stark vom Steirischen Heimatschutz geprägt, mit dem viele Landbündler seit den zwanziger Jahren in Fehde lagen. Ein Mann wie der ehemalige Innenminister und Vizekanzler Karl Hartleb wurde deshalb sogar als provisorischer Zellenleiter und Ortsbauernführer abgesetzt und nach den Schikanen des Ständestaates auch vom Dritten Reich nicht viel besser behandelt. Leopold Stocker selbst war erst ab 1941 Parteianwärter. Der Steirische Landbund befand sich deshalb auch in einer günstigen Position, um eine Neugründung vorzunehmen. Solange den großdeutschen Städtern kein anderes Auffangbecken zur Verfügung stand, appellierte Stocker ausdrücklich auch an das freiheitliche Bürgertum in „Dorf, Markt und Stadt“. Seiner Eigendefinition nach sah sich sein Landbund jedoch als „freiheitliche, bäuerlich orientierte Heimatpartei“, die „Wirtschaftspolitik als das Primäre“ ansah.

Der wirtschaftliche Hintergrund war nicht zu unterschätzen: Vor fünfzig Jahren war noch ein gutes Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Eine Bauernpartei stand also keineswegs notwendigerweise auf verlorenem Posten. Mehr noch: Wer in den ersten Nachkriegsjahren eine Oppositionspartei aufziehen wollte, mußte über eine gewisse Standfestigkeit verfügen, auch und gerade ökonomisch. Vor allem im tertiären Sektor (Dienstleistungssektor), dem traditionellen Einzugsbereich des „dritten Lagers“, konnte davon

aber keine Rede sein. Beamte, die in überdurchschnittlich hohem Ausmaß der NSDAP beigetreten waren, waren von der Entnazifizierung bedroht, Freiberufler vom Berufsverbot; der Handel litt unter der „Bewirtschaftung“, der Fremdenverkehr beschränkte sich auf die Einquartierung von Besatzungstruppen und „Displaced Persons“. Die Lage der Landwirtschaft konnte zweifellos ebenfalls nicht „idyllisch“ genannt werden. Aber sie war vergleichsweise günstig. Die wirtschaftliche Absperrung und der Devisenmangel wirkten wie ein Schutzzoll. Die Lebensmittelknappheit, die bis 1947/48 noch ärger wurde, verbesserte ihre „terms of trade“. Sogar Stockers Zeitung sah sich 1948 veranlaßt, Glossen gegen die „Klavierbauern“ zu veröffentlichen, die Strandgut des Schleichhandels in ihren Scheunen einlagerten.

Diese verkehrte Welt der Nachkriegsjahre verwandelte die Bauern in eine ökonomisch potente Schicht, wie sie es seit fast hundert Jahren nicht mehr gewesen waren. Das wurde deutlich, als Stocker 1947 daranging, eine Zeitung herauszugeben. Dazu brauchte man eine Lizenz – was aber in diesem Fall kein Problem war, denn man kaufte ein schon existierendes kleines Wochenblatt und begann es auszubauen. Hier begannen meist die Probleme, denn selbst wenn die Nachfrage vorhanden war, stellte sich die Frage, wie man ohne Erhöhung des Papierkontingentes das Angebot steigern sollte. Doch die obersteirischen Freunde des Landbundes sprangen in die Bresche: Die Papierlieferungen erfolgten im Austausch gegen Waggonladungen von Schleifholz, die Hartleb und andere zur Verfügung stellten. Wilhelm Kaufmann, der spätere VdU-Obmann von Kärnten, war im Vergleich zu Hartleb ein armer Schlucker. Und doch fragte er 1949 beiläufig an, ob Hartleb nicht einen Jeep für ihn auftreiben könne. Die Motorisierung des städtischen Mittelstandes hingegen begann erst geraume Zeit später.

Die Nachkriegskonjunktur verwandelte die Landbändler auch in Anhänger einer wirtschaftlichen Liberalisierung. Die Bewirtschaftungsmaßnahmen der Kriegszeit waren weithin in Kraft, sprich: Die behördlich festgesetzten Fixpreise lagen unter, nicht über den Marktpreisen, die Ablieferungskontingente bedeuteten nicht Sicherheit, sondern Zwang. Daß die Renaissance des „dritten Lagers“ ihren Ausgang von diesem Milieu nahm, hatte durchaus seine Logik. Nach einem Meinungs austausch im Herbst 1946 hatte sich der Arbeitstitel der projektierten Neugründung zu „Heimatsbund“ gewandelt, über seine Basis bestand jedoch kein Zweifel: „Die Bauern stehen allerdings innerlich viel freier da, und ohne die freiheitlichen Bauern als Fundament wäre nach meiner Beobachtung der freiheitliche Heimatsbund gar nicht zu machen, da das städtisch national-freiheitliche Element zu zaghaft und verängstigt ist und die Geschäftsleute politisch unzuverlässig sind“, schrieb Stocker.

Stocker ließ sich vom Desinteresse der Besatzungsmächte nicht entmutigen und gab nicht auf. Hatte er in seinem ersten Rundschreiben vom 2. Jänner 1946 noch sichtlich damit gerechnet, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sein könne, an dem der Landbund „als ausgesprochener Anhänger westlicher Demokratie nach erfolgter Sondergenehmigung oder nach allgemeiner Freigabe der Parteienbildung“ ein „großer Faktor in der österreichischen Politik“ werden würde, so ging er gegen Ende des Jahres davon aus, daß der Landbund erst nach Abzug der Alliierten auftreten würde. Er rechnete damals allerdings immer noch damit, daß dies vor den nächsten Wahlen der Fall sein würde. In der Zwischenzeit sammelte er die alten Freunde in einem informellen Gründungskreis, und er nahm Kontakt zu Verbündeten auf. Die Alliierten kamen dabei nicht in Betracht. Die globale Rückversicherung – oder doch zumindest der direkte Draht zu den Vertretern der großen Welt, die auf der kleinen österreichischen Bühne ihre Probe hielt – war für ihn kein Thema; die innenpolitische Absicherung schon: In den vertraulichen Informationen, die er am 14. Dezember 1946 an den Gründungskreis verschickte, hieß es:

„Ich hatte nun dieser Tage eine eingehende Besprechung mit Landeshauptmann-Stellv. Machold, Obmann der steir. SPÖ und Mitglied des Reichsparteivorstandes. Er weiß von mir

und Winkler schon seit dem Vorjahr, daß von den ehem. Landbündlern das Bestreben nach Bildung einer neuen Partei ausgeht, dem er immer sehr freundschaftlich gegenüberstand. Nun vergewisserte ich mich bei ihm ganz konkret, wie die SPÖ heute der vierten Partei, bei der der ehem. Landbund maßgeblich beteiligt ist, gegenübersteht. Er erklärte mir mit aller Klarheit, daß die SPÖ einer solchen Gründung sehr wohlgesinnt sei. Auf meine Frage, wie stehen die Wiener SPÖ und die Reichsparteileitung einer von uns ausgehenden Gründung der vierten Partei gegenüber, sagte er, daß er auch bereits mit Vizekanzler Dr. Schärf und Minister Helmer darüber gesprochen habe, und es bestehe auch in Wien die gleiche sympathisierende Einstellung zu unserer Absicht. Er munterte mich direkt auf, schon jetzt die Parteigründung planmäßig vorzubereiten, und sagte wörtlich: „Jetzt kann euch ja nichts mehr geschehen“ und meinte damit, daß die politische Luft jetzt doch schon viel freier geworden ist.“

Die „sympathisierende“ Einstellung der SPÖ beruhte auf einem realistischen Kalkül: Anders als die ÖVP, die lange Zeit daran festhielt, mit den Zuchtruten der NS-Gesetze und der Kommunistenfurcht alle „Antimarxisten“ auf absehbare Zeit in ihre Sammelpartei pferchen zu können, gab sich die SPÖ zwar ähnlichen Hoffnungen in bezug auf die Arbeiterklasse hin. Dazu kam im speziellen Fall Reinhard Macholds noch eine persönliche Beziehung. Winkler beispielsweise hatte seine letzten Lebenstage nach dem Krieg im Hause Macholds verbracht. Der geborene Schlesier Machold war alles andere als ein Bürgerschreck. Er verkörperte das, was man damals zwar noch nicht „Nadelstreifsozialist“, aber „Reinseidensozialist“ nannte. Für Leute aus seiner – und Stockers – Generation war das freiheitliche Element als Basis einer antiklerikalen Gemeinsamkeit noch durchaus lebendig. „Die Macht des Klerikalismus und der ÖVP vermag die sozialistische Partei nicht allein zu brechen“, schrieb Stocker 1946. Später richtete Hartleb einen Brief an den sozialistischen Innenminister Oskar Helmer als „freiheitlichen Minister“. Das war kein plumper Vereinnahmungsversuch, sondern ein Appell an historische Gemeinsamkeiten.

Das Jahr 1946 war für die Landbündler ein Jahr der Sammlung, der vorsichtigen Kontaktaufnahme und der Anbahnung gewesen. Eine entscheidende Verstärkung erfuhren sie, als Hartleb im Herbst aus dem britischen Internierungslager Wolfsberg zurückkam. Hartleb war als Vizekanzler im Kabinett Seipel 1927–29, danach als erster Präsident der steirischen Landwirtschaftskammer das größte Kaliber, das der Landbund aufzubieten hatte. Der Tapferkeitsoffizier Hartleb galt als der erste Reservist überhaupt, der im 1. Weltkrieg als bloßer Volksschulabgänger zum Offizier befördert wurde. Wenige Wochen nach seiner Heimkehr in den Landtag gewählt, war er seit 1924 Obmann des Steirischen Landbundes. Bei den Nationalsozialisten war er nicht besonders gut angeschrieben, zum einen, weil er im Juni 1933 im steirischen Landtag eine scharfe Rede gegen sie gehalten und für die Aberkennung ihrer Mandate plädiert hatte. (Unter anderem hatte er ihnen vorgeworfen, „die Anschlußfrage politisch zu mißbrauchen“.) Zum anderen, weil ihn mit dem steirischen Landesbauernführer, Sepp Hainzl, eine herzliche persönliche Antipathie verband, spätestens seitdem Hainzl kurz vor der Nationalratswahl 1930 mit seinem Judenburger Anhang zum Heimatschutz übergelaufen war. Kurz nach seiner Rede 1933 wurde Hartleb allerdings vom Ständestaat mit einem eigenen Gesetz seines Amtes enthoben und später auch verhaftet, weil er Unterstützungen aus dem Reich an notleidende Nationalsozialisten verteilt hatte. Im Dritten Reich mit scheelen Augen betrachtet, trat er – wie er in einem längeren Brief an Viktor Reimann schrieb – „nicht aus der Partei aus, weil ich Freude an anderen Dingen (Volksgemeinschaft, das große deutsche Reich) hatte und meine persönliche Zurücksetzung nicht schwer nahm“. In das Internierungslager Wolfsberg kam er wie die Jungfrau zum Kinde, als Kommandant des Neumarkter Volkssturms – eine Stelle, die er annahm, weil „es mir als Schande vorkam, irgend etwas zu tun oder zu dulden, was unseren Soldaten draußen an der Front schaden könnte ... Das, was an Nachrichten über angebliche Verbrechen bis zu mir gelangte (ich habe nie Auslandssender abgehört), habe ich als Feindpropaganda abgelehnt und nicht geglaubt.“ Als ehemaliger stellvertretender Regierungschef war das politische

Schwergewicht Hartleb als Sprecher der Inhaftierten gegenüber dem englischen Lagerkommandanten geradezu prädestiniert. Er selbst sagte später über seine Erfahrungen in der Haft, er habe in Wolfsberg viele Nationalsozialisten kennen- und schätzengelernet: „Die besten Menschen, bei denen nur versäumt wurde, sie zu guten Demokraten zu erziehen.“ Der zähe und selbstbewußte Bauer strahlte ein Beharrungsvermögen aus, das suggerierte, er habe den Ständestaat und das Dritte Reich kommen und gehen sehen, er werde auch die Zeit als „Gast des englischen Königs“ überstehen. Wie unbeschadet er sie überstand, darüber gehen die Versionen auseinander – es ist die Rede von einem Schlaganfall oder auch davon, Machold habe bloß einen Vorwand gesucht, Hartlebs Entlassung zu erwirken. „Rauh, vielleicht manchmal grob kann ich sein, hinterhältig und falsch nicht. Nehmen Sie das Erstere nicht übel, wenn Sie es einmal merken sollten“, riet er Reimann nicht ohne Grund.

In Wien war Stockers Vertrauensmann der Jurist Dr. Ernst Schönbauer, ebenfalls ein gebürtiger Waldviertler. In der Ersten Republik der Chefintellektuelle der Landbund-Fraktion, war Schönbauer berühmt für seine Visitenkarten: „Universitätsprofessor und Bauer“. Bei ihm legte Kreisky am Tag des Anschlusses sein Rigorosum ab. Schönbauer verlor 1945 seine Professur, war aber gesellschaftlich durchaus integriert. (Sein Cousin, der Chirurg Prof. Dr. Leopold Schönbauer, hatte auch schon einmal Helmer operiert. Diese Verbindung ermöglichte ihm z. B., die Wiederaufnahme der Pensionszahlungen für den Historiker und Unterrichtsminister von 1930, Heinrich v. Srbik, zu erwirken.) Während Schönbauer zwischen Wien und dem heimatlichen Eichberg bei Weitra pendelte, später von dort aus auch Erkundungstouren nach Oberösterreich unternahm, fungierte Dr. Fritz Stüber als eine Art Sekretär und Postadresse des Heimatbund-Kreises in Wien.

Stüber war es auch, der Stockers Bemühungen in den siebziger Jahren ein literarisches Denkmal setzte. Das Problem war, daß Stüber sich damals schon einen Ruf als querulierender „Rechtsaußen“ erworben hatte. Seine Position in den Anfangsjahren des VdU war eine andere: Schon sein Vater Fritz Stüber-Günther war Kulturredakteur der frei-alldeutschen „Ostdeutschen Rundschau“ gewesen. Der Sohn wechselte erst nach 1938 ins Zeitungsfach. Seine Stellung als Schriftleiter des „Neuen Wiener Tagblatts“ in den letzten Kriegsjahren verschaffte ihm einen Kriegsverbrecherprozeß und zweimalige Verhaftung, bis er im September 1949 freigesprochen wurde. Der NSDAP hatte er zwischen 1933 und 1945 freilich nicht angehört und war daher nicht registrierungspflichtig. Seine provokanten Auftritte ließen politische Gegner so oft Zuflucht zu Zitaten aus seiner Kriegsslyrik nehmen, daß einer seiner Rivalen seufzte: „Stüber wird mit der Zeit ein namhafter Dichter, wird er bei jedem Anlaß zitiert.“

Im Brotberuf und von der Ausbildung her war Stüber Finanzbeamter gewesen. Aus dieser Tätigkeit leitete sich ein besonderes Interesse an Korruptionsfällen ab, das zu decken ihm nicht schwerfiel. Er war noch persönlich befreundet mit dem ehemaligen Reichsratsabgeordneten Anton Schalk, einem der letzten Getreuen Schönerers, der 1948 starb. Der Burschenschafter Stüber verkörperte eine genuin schönerianische Tradition, die er auch nicht bereit war zu verleugnen, wie er selbst schreibt. (Bezeichnend ist allerdings der Fehler, der sich in seine Betrachtungen über die Sitzordnung im Reichsrat einschlich, wo die Schönerianer nämlich gerade nicht am rechten, sondern am äußersten linken Flügel gesessen waren.) Seine Briefe aus der Gründerzeit des VdU weisen ihn als einen taktisch äußerst wendigen Mann aus, der vor allem keine Berührungsängste nach der „roten“ Seite hin hatte. Zum Gründerkreis zählten außerhalb von Graz auch ein paar städtische Intellektuelle und Kriegsversehrte, die es auf die Stolzalpe bei Murau verschlagen hatte, von wo aus sie mit Hartleb Kontakt aufnahmen; Anton Gasselich, niederösterreichischer Landtagsabgeordneter in den zwanziger Jahren und ein Bekannter Helmers, war mit der Landwirtschaftsschule nach Seefeld ausquartiert worden und sah sich in Tirol nach geeigneten Ansprechpartnern um. dort war der Landbund kaum präsent gewesen, in Frage kamen der großdeutsche

Vizebürgermeister Walter Pembaur und der Journalist Rainer v. Hardt-Stremayr. Aus Vorarlberg besuchte Stocker im November 1946 der Landbundsekretär Ing. Rudolf Walter aus Bürserberg bei Bludenz, der mit den Parlamentariern der Ersten Republik, aber auch mit der Familie Rhomberg Verbindung hielt. Im August 1948 meldete sich dann mit Leopold Wolfmeyer ein weiterer Vorarlberger Landbündler bei Hartleb, der behauptete, noch „die Schlüssel zur Organisation“ zu besitzen.

Die unbestrittene Hochburg des Landbundes war freilich Kärnten gewesen. Hier war er so dominant, daß kein Regime um ihn herumkam. Gerade das brachte spezielle Schwierigkeiten mit sich: Anderswo war die Elite des Landbundes seit 1933 in der inneren Emigration gewesen, hatte allenfalls, wie Hartleb, untergeordnete Funktionen ausgeübt. In Kärnten aber war sie prominent vertreten, im Ständestaat wie im Dritten Reich. Auch die ÖVP hatte mit Hans Ferlitsch einen Mitarbeiter Schumys zum Landeshauptmannstellvertreter gemacht. Sein innerparteilicher Stellenwert galt jedoch als gering. Stockers Ansprechpartner wiederum war der Landwirtschaftskammerpräsident von 1932, der Oberkärntner Anton Supersberg, der auf folgendes hinwies: „Ich sehe viele Wähler und Mitglieder, aber keine Mandatare, weil alles Pg. war.“ Als Klagenfurter Verbindungsstelle fungierten diverse jüngere Leute, darunter der gebürtige Brünner, Hauptmann Kurt Markos, der bei den Engländern als Dolmetscher beschäftigt war, oder der Sohn des großdeutschen Landtagsabgeordneten Axmann.

Um die Jahreswende 1946/47 waren die Sondierungen weit genug gediehen, man war sich über den Namen einig geworden und hatte Programmentwürfe zirkulieren lassen. (Die fertigen Leitsätze wurden am 5. Februar 1947 an die Gründungsfreunde versandt.) Die Resonanz war vielversprechend, und Stocker wollte nun einen weiteren Schritt setzen. Zwar schrieb er noch am 6. Dezember 1946 an Supersberg: „Im allgemeinen geht die Absicht dahin, daß alle Vorbereitungen für den Heimatbund ... nur stille Vorbereitungsarbeit sein muß, die im kleinen Kreis vertraulich bleiben muß. In die Öffentlichkeit werden wir erst treten, sobald der Staatsvertrag mit Österreich geschlossen ist und die Besatzungsmächte abgezogen sind.“ An die Öffentlichkeit zu gehen, plante Stocker allerdings zur selben Zeit auch schon, wenn auch nur mit einer Zeitung: „So könnte man in neutraler Art so manche geistige vorbereitende Arbeit leisten und vor allem schon voraus das Blatt einführen – bis es zum eigentlichen Sprachrohr des Heimatbundes werden kann. Diese Zeitung soll nach Möglichkeit schon geraume Zeit vor dem Auftreten des Heimatbundes bestehen und soll in dieser Vorzeit in neutraler Art geführt sein, um dann beim Auftreten des Heimatbundes sofort dessen Organ zu sein.“

Die Juristen drängten überdies darauf, dem Gründerkreis eine rechtliche Basis zu verleihen, um nicht in den Verdacht illegaler Betätigung zu geraten. Es war Schönbauer, der für den Verein den Namen „Verfassungstreue Vereinigung“ (VV) vorschlug. Gegen diesen Titel konnte nun wirklich niemand Einwände erheben. (Ob damit auch Anklänge an die Monarchie verbunden waren, wo die „Verfassungstreuen“ im Großgrundbesitz als Partei bis 1918 existierten, ist fraglich.) Auch Machold, so schrieb Stocker am 31. März 1947 an Schönbauer, hat „mir spontan den Rat gegeben, schon jetzt einen ‚politischen Verein‘ zu gründen, um darin die Freunde der Steiermark legal zu sammeln“. Mitte 1947 wurden beide Projekte zum Abschluß gebracht. Am 1. Juli fertigte das Innenministerium den Nichtuntersagungsbescheid für die VV aus. Als Proponenten des Vereins fungierten neben dem oberösterreichischen Landbündler und ehemaligen Nationalratsabgeordneten Felix Bichl auch der Historiker Hugo Hassinger und einige Juristen (u. a. Hans Mayer und Senatsrat Josef Czermak). Am 14. September 1947 fand in Wien die Gründungsversammlung statt.

Um dieselbe Zeit erwarb Stocker mit einem zweiten Teilhaber, Dr. Leo Thianich, die im Mai 1947 von Major a. D. Franz Klautzer gegründete „Oststeirische Wochenpost“ und gestaltete sie – mit Hilfe der erwähnten Papierlieferungen – ab August 1947 zum „Alpenländischen Heimatruf“ aus. Der Untertitel lautete nun: „Wochenblatt für verfassungstreue Heimatpolitik

und fortschrittliche Wirtschaft“. Der „Heimatruf“ versprach, die überparteiliche Linie beizubehalten, und verfolgte einen nachdenklich-oppositionellen Kurs. Seine eigentlichen Sympathien konnten jedoch einem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen. Am 6. September erörterte ein Artikel „Die Aussichten der vierten Partei“, auch wenn hinzugefügt wurde, „die Diskussion ist derzeit nicht aktuell, weil kaum anzunehmen ist, daß der Alliierte Kontrollrat neue Parteien zulassen wird“. Am 25. Oktober folgte ein Aufmacher über „Frontsoldaten und Politik“ aus der Feder von Dr. Heinz Brunner, einem untersteirischen Mittelschulprofessor, der als Verlagsleiter 1948 bei Stocker eintrat. Der „Heimatruf“ setzte sich auch konsequent für eine Eingliederung der Volksdeutschen und Vertriebenen ein. Kritische Kommentare begleiteten im Winter 1947/48 den Weg der Währungsreform.

Das „Steirerblatt“, die Tageszeitung der ÖVP, schrieb in seinem Nachruf auf den „Heimatruf“ später: „Keine Nummer, in der nicht der SPÖ eine Huldigung dargebracht worden wäre.“ Das war gelinde gesagt eine Übertreibung. Allerdings mußte der Leser auch ohne Zuhilfenahme von Stricherllisten zu dem Schluß kommen, daß die boshaften Seitenhiebe meist in Richtung ÖVP gezielt waren, so z. B. wenn man Alfons Gorbachs parlamentarischen Zwischenruf über die „gottverfluchten Nazigesetze“ weniger sachlich zustimmend wertete, sondern als heuchlerisch an den Pranger stellte. Starjournalist im Hintergrund war Manfred Jasser, ein Kollege Stübers vom „Neuen Wiener Tagblatt“, der auf Grund des NS-Gesetzes Berufsverbot hatte und seine raffinierten Leitartikel deshalb unter dem Pseudonym „Klausner“ verfaßte.

Der „Heimatruf“ wurde im November 1947 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, an der die VV auch finanziell beteiligt war. Anfangs war nur eine Auflage von 5.000 Exemplaren möglich. „Wir brauchen 8.000–9.000 Auflage, um das finanzielle Gleichgewicht zu erreichen“, schrieb Stocker an Hartleb am 23. September, als er um das Schleifholz für die Papiererzeugung bat. Dieses Soll war bald erfüllt. Die Auflage wurde binnen eines halben Jahres ungefähr verdreifacht und belief sich Anfang Februar 1948 bereits auf 16.000 Stück. Die Druckerei wechselte, bis der „Heimatruf“ im Frühjahr 1948 schließlich bei der Leykam landete, die seit 1945 unter sozialistischer Verwaltung stand: Die Empörung der ÖVP über diese Kollaboration hatte bloß deshalb verhalten zu sein, weil aus technischen Gründen auch ihr „Steirerblatt“ dort das Licht der Welt erblickte.

Hartlebs Aufbringungsplan für die sechs bis zehn Waggons Holz, die er im Winter 1947/48 herbeischaffte, liefert auch einen guten Einblick in die oberen Etagen des Landbund-Netzwerks in der Obersteiermark und in Mittelkärnten: Nagele in Stadl an der Mur, Nachfahre eines Reichstagsabgeordneten von 1848; Steiner in Strettweg bei Judenburg, Nachfahren des Reichstagsabgeordneten der Jahrhundertwende, Anton Bleikolm; Barthl Mayer in Weißkirchen; Cajetan Hirn bei Trofaiach; Weiland in Mürzhofen; in Kärnten Wachernig (St. Salvator) und Funder (Mölbling). Hartleb steuerte auch Adressenmaterial für Abonnenten und Interessenten bei – über die gesamte britische Zone verstreut, bis nach Osttirol –, neben alten Landbündlern viele davon „Schicksalsgenossen vom Lavantstrand“.

Schönbauers Schwager Julius Schachner, dessen Wohnung in der Theresianumgasse 17 als Wiener Treffpunkt der VV diente, erwarb im Mai 1947 übrigens ebenfalls eine Wochenzeitung, das „Waldviertler Heimatblatt“, das bis dahin eine starke Schlagzeile nach links gehabt hatte. Die Firma nannte sich programmatisch Heimatverlag Hans Kudlich und erläuterte die Blattlinie als „heimatliebend, verfassungstreu und parteiungebunden“. Alt-Nationalratsabgeordneter Felix Bichl schrieb im Mai 1948 einen Artikel: „Ein Volk, das eine Verfassung hat, sie aber nicht hält, geht in die Irre.“ Häufig zitiert wurden zwei weitere unabhängige Wochenblätter, die Kufsteiner „Sonntagspost“ und das oberösterreichische „Echo der Heimat“.

Im Frühjahr 1947 erweiterten sich auch die personellen Optionen in einer Weise, die über das engere Landbundmilieu hinauswies: Vor allem in Kärnten schien plötzlich ein idealer Kandidat zur Verfügung zu stehen. Supersberg, so Stocker, „steht mit Leib und Seele zu unserer Sache, aber er hat seinen Wohnsitz weit von Klagenfurt und besitzt auch nicht die technische Möglichkeit, als ‚Initiator und Organisator‘ unsere Sache in die Hand zu nehmen“. Heribert Jordan war schon im Landbund eine kontroverse Figur gewesen. Nun erfuhr Stocker, Hans Steinacher sei „seit einigen Wochen aus Deutschland nach Miklaushof zurückgekehrt“. Steinacher, als Stabschef unter Landesverweser Arthur Lemisch im Abwehrkampf 1918/19 tätig, als Chef des VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) und Gutsbesitzer im Grenzland, schien „sehr dazu berufen zu sein, die Sache des Heimatbundes in Kärnten führend in die Hand zu nehmen – bekannter Name, erfahren, fähig, eine Persönlichkeit und nicht Pg“.

Außerdem wurde die Aufmerksamkeit Stockers auf einen Namen gelenkt, der auf den ersten Blick vielleicht überraschend wirkt, handelte es sich doch um einen Minister des Ständestaates: nämlich Guido Schmidt, Schuschniggs Außenminister, der ab 1936 bemüht gewesen war, einen Modus vivendi mit dem Dritten Reich herbeizuführen und dem damals in Wien gerade der Prozeß gemacht wurde. Er „wird nach dem Stand der Dinge jedenfalls freigesprochen werden müssen. Jedenfalls hat Dr. Schmidt im Prozeß gezeigt, daß er ein außerordentlich gescheiter und gewiegter Mann ist. Daß er ein gut deutscher Mensch ist, ist nicht zu bezweifeln.“

Heinz Brunner stattete am 24. April zum ersten Mal auch einem Mann einen kurzen Besuch ab, der eine der Hauptpersonen dieses Buches ist: Dr. Herbert Kraus, Herausgeber der Salzburger Wochenzeitung „Berichte und Informationen“. Kraus zeigte sich sehr interessiert, bat um das Programm der projektierten Partei und wollte den Meinungsaustausch fortsetzen. Seine Einschätzung der Lage war, „der politische Erdrutsch nach Abzug der Alliierten sei unvermeidlich, und zahlreiche Minister, die z. T. am heutigen Chaos schuld seien, z. T. aber auch nicht, werden geopfert werden müssen“. Im übrigen fürchte er, „daß in einer neuen Partei die alten Nazibonzen wieder hochkämen“. Er selbst wolle nicht in die Politik, wenn schon, dann „am liebsten als freier Abgeordneter jenseits des Listenwahlrechts“. Brunner interpretierte das als Ablehnung der ÖVP. Sein Eindruck von Kraus war ein positiver: „Sehr energisch, klarer Denker, mutig.“

Die Rückendeckung durch die Sozialisten hatte bisher gut funktioniert. Die Kehrseite dieser Medaille war: „Der Heimatbund wird bei seinem Auftreten auf die entsprechende Gegnerschaft der ÖVP stoßen.“ Im Idealfall sollte dieses Auftreten daher auch überfallsartig und gut vorbereitet erfolgen. Als Ideal schwebte Stocker „ein stiller, kleiner Generalstab, der dann die Sache organisatorisch beim Auftreten sturmartig vorwärts treibt“, vor. Ob diese Vorbereitungen der ÖVP auf die Dauer verborgen bleiben konnten, war allerdings die Frage. Die Gründung der VV war da schon ein recht aussagekräftiges Indiz. Pech war nicht nur, daß die ÖVP frühzeitig aufgeschreckt wurde. Pech war auch die Art und Weise, wie ihr der erste konkrete Hinweis in die Hände fiel – nämlich ein Schreiben Stockers an Pembaur, in dem es hieß: „Der Heimatbund wird erst nach Einstellung der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates schlagartig in Österreich gegründet.“ Bis dahin sollten für die VV nur Mitglieder geworben werden, die man „für besonders wichtig hält“. Es sei streng zu beachten, daß nur nichtregistrierungspflichtige Personen in den Vorstand der VV aufgenommen würden. „Ich selbst arbeite im Ausschuß als Konsulent mit, obwohl ich hier die Führung in der Hand habe.“

Den Brief hatte die Klagenfurter Polizei bei Harald Axmann gefunden. In gewundenem Deutsch heißt es in ihrem Bericht vom 27. November 1947: „Der Inhalt dieses Briefes wirft ein wesentlich anderes Bild auf die Absichten dieser Vereinigung als wie sie sich in den Statuten offenbaren. Im gegenständlichen Fall handelt es sich um die vierte Partei.“

Schlimmer noch war der Zusammenhang, in dem die Hausdurchsuchung stand. Sie war nicht

bloß nachrichtendienstlich ein Glücksfall, sie bot auch noch eine nahezu maßgeschneiderte Handhabe, die mißliebige Konkurrenz gleich im Anfangsstadium zu zerschlagen.

Axmann war nämlich im Zuge der Erhebungen zur „Aktion Sacher“ perlustriert worden. Den Decknamen verdankte die Causa dem Ausgangspunkt der Ermittlungen, der Zerschlagung eines Ringes von Saccharin-Schmugglern. Was sich dahinter auftat, ging schließlich als Soucek-Affäre in die Geschichte ein, oder als NSUB“ als „Nationalsozialistische Untergrundbewegung“.

Anders ausgedrückt: Die „vierte Partei“ wurde vom „Dritten Mann“ eingeholt. Die Hintergründe und Verästelungen der Soucek-Affäre im Detail auszuleuchten, würde ein eigenes Buch füllen, und es wäre kein langweiliges. Denn die „Aktion Sacher“ beinhaltet so ziemlich alle Ingredienzien, die ein guter Thriller haben sollte, noch dazu einer von atmosphärischer Dichte und mit ganz unterschiedlichen Handlungsebenen: Das Schleichhandelsnetz existierte natürlich; das allein war Anno Domini 1947 kaum aufsehenerregend. Es war auch nicht wirklich erstaunlich, daß viele der Hauptverdächtigen sich aus HJ-Führern oder subalternen Funktionären des Dritten Reiches rekrutierten. Das mittlere Management des vergangenen Regimes, das seine Posten 1945 eingebüßt hatte und zum Teil im Untergrund lebte, fand in derlei Aktivitäten ein Betätigungsfeld. Dies hielten selbst die Briten für keineswegs erstaunlich. Erstaunen würde es bloß, hätte man bei solchen Treffen keine starken Sprüche geklopft und nicht vergangener Zeiten mit ihren noch weit besseren Karriereaussichten gedacht. Besonders tat sich dabei der ehemalige Wiener Gauschulungsleiter Dr. Hugo Rössner hervor, der auf Bergtouren davon schwärmte, nach dem Vorbild der Jesuiten oder Freimaurer einen Orden zu gründen. Das mochte nun wirklich verdächtig nach Untergrundzellen riechen. Das Gefährdungspotential war freilich gering: Rössner klagte über die geringe Geneigtheit seiner Komplizen, sich von seinen philosophischen Diskursen in ihren lukrativen Geschäften stören zu lassen. Im Abschlußbericht über die „Verschwörung“, der an den britischen Premier Attlee ging, heißt es: „Die weltanschaulichen Ziele, zu denen sich ihre Anführer bekannt haben mögen, waren stark mit persönlichen Ambitionen und Eigeninteressen unterlegt.“

Vor allem aber: Die Behörden hörten von Anfang an mit. Man habe Katz und Maus mit diesen Gruppen gespielt, um gegen eine möglichst große Zahl von Leuten Material zu sammeln, resümierten die Briten.

Schon am 21. Mai 1947 wurde Rössners „Orden“ auf einer Tagung der Sicherheitsdirektoren – in Anwesenheit von drei Vertretern des amerikanischen CIC – ausführlich besprochen. Der Bericht über das Treffen, das Rössner im Sommer im Salzburger Hotel „Zum Roten Krebs“ arrangierte, landete prompt 48 Stunden später auf dem Schreibtisch des Sicherheitsdirektors von Oberösterreich, Franz Rupersberger. Im November begannen die Verhaftungen. Dabei stellte sich heraus, daß Rössners Komplize Amon Göth ganz offenbar den Schutz eines Herrn Koch vom Salzburger CIC genoß. Der Hauptbelastungszeuge hingegen, den sein Gewissen dazu getrieben hatte, im April 1947 den Behörden erste Hinweise zu liefern, Josef Mayr, wurde im Laufe der Jahre als Mitarbeiter östlicher Dienste enttarnt (und zudem wegen Juwelendiebstahls verurteilt). Auch der Vernehmungsbeamte, Maximilian Mattes, war kein unbeschriebenes Blatt und hatte eine ausgesprochene Begabung dafür, in so ziemlich allen politisch brisanten Fällen der Zweiten Republik in Erscheinung zu treten. Es findet sich sogar ein Bericht über die erste Konfrontation unserer drei Helden, der folgendermaßen lautet: Göth sage, „er sei über Mayr informiert wie er über ihn“. Garniert wurde die Geschichte mit Gerüchten über vergrabene Goldschätze im KZ Ebensee und Waffenlager in Sandbänken an der Salzach. Wir bewegen uns hier freilich in einem Milieu, in dem Desinformation Trumpf ist. Auf Grund dieser Hinweise ein abschließendes Urteil zu fällen, wäre voreilig. Jedenfalls scheint die Zahl der Teilnehmer an diesem Spiel über ein paar unbelehrbare Verschwörer weit hinauszugehen.

Rössner war einmal Axmanns Vorgesetzter gewesen und hatte ihn auf der Durchreise mehrfach in Klagenfurt besucht. Axmann avancierte deshalb, wie die „Stapo“ in martialischer James-Bond-Manier zu berichten wußte, zum „Zentralmeldekopf“ der Organisation. Damit hatte es aber nicht sein Bewenden. Nicht Rössner, der einen etwas verschrobeneren Eindruck machte, sondern der Grazer Kaufmann Theodor Soucek sollte zum Star des Prozesses werden, der zum großen Ärger Rupertsbergers deshalb auch nach Graz verlegt wurde. Soucek war von einer großen Beredsamkeit und erfreute sich eines großen Bekanntenkreises. Was immer seine Bewegung bezwecken mochte, an konkreten Straftaten nachzuweisen waren ihm bzw. seiner „Untergrundbewegung“ ein Einbruch im Landesarbeitsamt und eine Serie von Dokumentenfälschungen. Sobald es um stärkeren Tobak ging, hatten alle Zeugen zwar markerschütternde Sprüche des Capos vernommen, doch weiter war nichts passiert – oder doch: Als eigentlichen Kern von Souceks Aktivitäten sahen und sehen alle Beteiligten nämlich Fluchthilfe für jene Insassen der alliierten Anhaltelager an, die Gefahr liefen, an die Sowjetunion oder Jugoslawien ausgeliefert zu werden. Gerade davon war im Prozeß allerdings keine Rede! Die Westalliierten bekundeten vielmehr ein auffälliges Desinteresse an der Fahndung nach den Entflohenen.

Für die „Untergrundbewegung“ hatte Soucek offenbar auch mit einer Werbemasche geworben, die man ein wenig anachronistisch „Gladio-Schiene“ nennen könnte, nämlich die vorsorgliche Anwerbung von Kämpfern hinter den feindlichen Linien im Falle eines sowjetischen Angriffs. Damit stieß er auf Resonanz, sowohl bei den obersteirischen Mitarbeitern der „HHB“, der Heimkehr-Hilfs- und Betreuungsstelle der ÖVP, als auch bei ihrem Gegenüber, dem Leiter der Heimkehrer-Beratungsstelle der steirischen SPÖ, Hauptmann Otto Rösch, der übrigens auch noch bei der britischen Zensurbehörde beschäftigt war – eine Funktion, die auf Weisung der Briten in der Anlageschrift unterschlagen wurde. Bei seiner Verhaftung am 7. Dezember hatte Rösch auch Abhörprotokolle der Landesleitung der steirischen KPÖ bei sich. Rösch, der nach 1938 in der „Nationalpolitischen Erziehungsanstalt“ Traiskirchen unterrichtet hatte und HJ-Oberscharführer, aber nicht Pg. gewesen war, gab zu Protokoll, er habe Soucek erklärt, „er werde Partisan, wenn die Russen bei uns einmarschieren“. Damals leugnete Rösch, sich an einen geheimnisvollen Koffer erinnern zu können, den er in Verwahrung genommen habe und der offenbar Stempel enthielt, wie sie zur Herstellung von Ausweispapieren benötigt wurden. Zu Silvester wurde dann auch der Ritterkreuzträger Major Ernst Graf Strachwitz als Leiter der HHB verhaftet und erst ein halbes Jahr später entlassen.

Am 15. Mai 1948 wurden Soucek, Rössner und Göth zum Tode verurteilt, jedoch nicht hingerichtet. Die seltsamen Begleitumstände des Falles gelangten nach und nach an die Öffentlichkeit. Bereits wenige Jahre später geisterten Nachrichten über Souceks bevorstehende Begnadigung durch die Blätter, seltsamerweise fast ausschließlich im Zusammenhang mit Aussagen sozialistischer Politiker. Noch lange vor Ende der Besatzungszeit, im August 1952, war Soucek wieder auf freiem Fuß. „Die SPÖ hat sich phantastisch benommen“, lautete sein abschließendes Urteil.

Soucek hatte Stocker schon während des Krieges immer wieder Manuskripte angeboten. Nach dessen Verhaftung wurde auch Stocker am 3. Dezember 1947 bzw. 17. März 1948 mehrmals einvernommen. Er erinnerte sich an die Gespräche mit Soucek, den er für „etwas fanatisch und unklar“ gehalten habe, er war für ihn „aber ein Suchender in einer neuen Zeit“. Er sei zu den ersten Beratungen über das Programm des Heimatbundes gelegentlich eingeladen worden. Von eigenen Plänen habe Soucek nichts verlauten lassen, der seinerseits den Kreis um Stocker bei Einvernahmen als „verkalkt“ bezeichnete. Stocker bat darum, im Prozeß aussagen zu dürfen, um seinen guten Namen zu verteidigen. Das wurde abgelehnt.

Zugleich verschärfte die Behörden wenige Wochen nach dem Zufallsfund in Klagenfurt auch auf anderer Ebene die Gangart gegen die VV. Der „Heimatruf“ wurde schikaniert. In

den ersten Tagen des Jänner 1948 reiste eigens ein Ministerialrat des Innenministeriums nach Graz, um dort die Einstellung des „Heimatruf“ durchzusetzen, der über böswillige „Intriganten“ giftete: „Welches Glück der Mensch hat, daß gerade zur rechten Zeit eine Verschwörung unreifer Phantasten aufgedeckt wird. Dadurch lassen sich den schon langweilig gewordenen Verdächtigungen gegen den „Heimatruf“ einige neue Glanzlichter aufsetzen.“

Als rettender Engel erwies sich in dieser Situation einmal mehr Reinhard Machold. Stocker faßte am Ende einer turbulenten Woche zusammen: „Das über dem ‚Heimatruf‘ gestandene Damoklesschwert ist nun beseitigt ... die ganze Quertreiberei geht von der ÖVP aus. Leider hat sich darin scheinbar Minister Helmer viel zu sehr von Staatssekretär Graf ins Schlepptau nehmen lassen. So wollte man in Verbindung mit dem Aufräumen in der Nazi-Affaire in Bausch und Bogen auch den ‚Heimatruf‘ verbieten ... Machold hat sich in dieser Angelegenheit sehr korrekt, sehr wohlwollend und gerecht als Beschützer des ‚Heimatrufes‘ verhalten. Am selben Tag hatte ich eine zweistündige Unterredung mit dem Sicherheitsdirektor für Steiermark, Oberst Pirkhofer, zu dem ich durch LHStv. M. empfohlen und eingeführt wurde. Nachdem mir M. sagte, daß ich mit dem Sicherheitsdirektor über unsere Bestrebungen und Absichten ebenso offen sprechen könne wie mit ihm, so habe ich mit Oberst Pirkhofer unsere Pläne bezüglich der vierten Partei besprochen und offen dargelegt ... P. bringt unseren Bestrebungen alle Sympathie entgegen. Er erklärte mir auch, daß von Seite der steirischen Sicherheitsbehörden gegen den ‚Heimatruf‘ aus eigener Initiative nicht vorgegangen wurde, weil man keinen Grund hiezu gesehen hat. Er meinte wohl, daß in manchem die Schreibweise an der Schneide stand, doch in den letzten Wochen sei es vollständig tragfähig geworden. Die Recherchen gegen den ‚Heimatruf‘ seien über Veranlassung des Innenministeriums erfolgt.“

Die Aktenlage unterstreicht diesen Befund: Die Grazer wurden von Ministerialrat Seidler in Wien gedrängt, etwas gegen den ‚Heimatruf‘ zu unternehmen: Als Vorwand sollte dienen, daß der verantwortliche Redakteur, Adalbert Mastnak, von 1934 bis 1936 Landtagsabgeordneter des steirischen Heimatschutzes, in Wirklichkeit registrierungspflichtig sei: Doch Mastnak war nicht bloß nach 1945 kurze Zeit öffentlicher Verwalter des Stocker Verlages gewesen, die Grazer Polizei hatte seiner Betrauung ausdrücklich zugestimmt, solange das Verfahren wegen seiner Einstufung noch nicht abgeschlossen war. (Es endete wenig später ergebnislos.) Der zuständige Staatsanwalt Rossa ließ das Innenministerium huldvoll wissen, er habe nach der ersten Beschlagnahme durch die Polizei nur Anzeige erstattet, „da er die Sicherheitsbehörden nicht bloßstellen wollte“. Man wolle jedoch nachgeben, um nicht „schadenersatzpflichtig“ zu werden. Daraufhin wurde die Polizei von Wien aus angewiesen, bei der Steiermärkischen Landesregierung den Entzug von Stockers Verlagskonzession zu beantragen, bis die rechtskundigen Grazer Kollegen die Wiener darauf aufmerksam machten, man dürfe eine Zeitung auch ohne Verlagskonzession herausgeben. Das Gespräch endete mit der unwirschen Weisung des Ministeriums, man solle eben „nach sonstigen Möglichkeiten suchen“.

Inzwischen ging die Pressepolemik erst so richtig los. Um Weihnachten 1947 hatten die KP-Zeitungen das erste Mal über die „Untergrundbewegung“ berichtet. Das ÖVP-Organ „Wiener Tageszeitung“ forderte daraufhin am 27. Jänner mit Blick auf den ‚Heimatruf‘: „Mögen sie Verbrecher oder Narren sein, wir wollen von ihnen nichts wissen. Schafft sie weg!“ In einem offenen Brief fragte die ‚Heimatruf‘-Redaktion bei der Bundesparteileitung an, wie diese Aufforderung zu verstehen sei. Die Andeutung über die „Kulissengeheimnisse“ zwischen VV und SPÖ wurden mit dem Hinweis auf den Gleichklang der Seelen in der Polemik von ÖVP und KPÖ beantwortet. Das „Steirerblatt“ revanchierte sich mit der unverhohlenen Aufforderung, Stocker doch endlich einzusperren, nachdem sein Name im Soucek-Prozeß gefallen war und der berühmte Klagenfurter Brief dort am 11. Mai zur Verlesung gebracht worden war.

Stocker hatte sich zu früh gefreut: Als Hartleb am 6. Februar bei Machold nachhakte, gestand dieser, er habe Mühe gehabt, das Verbot des Blattes aufzuhalten. Im übrigen halte er es für richtig, wenn „nicht offenkundig würde, daß er das Blatt in Schutz genommen habe und dies auch weiterhin tun werde“. Notwendige Verhandlungen wollte er lieber mit Hartleb als mit Stocker führen, der auch in Zukunft seiner Kanzlei gegenüber andere Gründe für die Vorsprachen anführen möge“. (Bei dieser Gelegenheit versprach Machold übrigens auch, sich für den Druck des ‚Heimatrufs‘ bei Leykam zu verwenden.) Ein Bekannter Stockers sprach auch beim steirischen ÖVP-Chef Alfons Gorbach vor, doch Hartleb bat sich aus, der Kontakt dürfe nicht zu einer illoyalen Haltung gegenüber Machold führen. Mit Machold hatte Hartleb „über die nicht zu verstehende Einstellung des Minister Helmer gegenüber uns offen gesprochen. M. wird am 9. Februar darüber eingehend mit Helmer sprechen und ihn über die Hintergründe informieren.“

Die VV war an einem kritischen Punkt angekommen. Nachdem der Kreis um den ‚Heimatruf‘ nun einmal in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung geraten war, beschloß Stocker, gleich die Flucht nach vorne anzutreten und daranzugehen, Zweigvereine der VV anzumelden und aufzubauen. „Nachdem es hier bei den Parteien und im Publikum längst als Tatsache angesehen wird, daß hinter dem ‚Heimatruf‘ die ‚vierte‘ Partei steht, so werden wir in taktisch vorsichtiger Weise die Frage ‚vierte Partei‘ zur Erörterung bringen, um damit positiver zu werden, eine Anregung, die Hartleb dringend betreibt, damit uns der Begriff ‚vierte‘ Partei gewahrt bleibt. Wir gehen daher in Steiermark und Kärnten, die den sicheren Grundstock der vierten Partei bilden werden, mit Vorsicht aus der Reserve etwas heraus ... damit diese Länder zum Fundament und Rückgrat für die anderen Länder werden können“, informierte er am 7. Februar 1948.

Von einer Besprechung in Klagenfurt Ende Februar zeigte er sich äußerst befriedigt. „Sehr erfreut war ich auch über die mannhafte Haltung von Dr. Steinacher, den wir wohl ganz als unseren Mann betrachten können. Ich könnte mir vorstellen, daß Dr. Steinacher der beste Obmann des künftigen Heimatbundes für Kärnten sein würde.“ Als „geschäftsführendes Trifolium“ sollten Kurt Markos, Heribert Jordan und Othmar Pirker in allen Fragen mit Steinacher und Supersberg Verbindung halten. Auf der Wunschliste Stockers standen noch Dr. Santner und Dr. Scheuch (Supersbergs Schwiegersohn), „weil diese als ehemalige Tierzuchtinspektoren bei allen Bauern in ganz Kärnten bestens bekannt sind. Hartleb wird das Bindeglied zwischen Kärnten und Steiermark sein. An ihn könnt Ihr Euch immer um Rat wenden.“

Zur politischen Absicherung im Nachbarland ließ sich Hartleb über Vermittlung Macholds auch einen Termin bei Landeshauptmann Wedenig geben, mit dem er am 2. April eine Reihe konkreter Fragen besprach, von den Eigenjagden über die Aufbringungskontingente der Landwirtschaft bis zu den 300 Fällen, wo in Kärnten über Bauern der Vermögensverfall ausgesprochen worden war. Wedenig pflichtete Hartleb bei: „Sein Bestreben sei es zu erreichen, daß die Familien auf dem Besitz weiterwirtschaften können.“ In berücksichtigungswürdigen individuellen Fällen fand Hartleb in den nächsten Monaten bei Wedenig eine offene Tür. Die Befürchtung Hartlebs, bei der Bildung einer „vierten Partei“ ins Hintertreffen zu geraten, ging vermutlich auf Nachrichten aus Salzburg zurück, wo sich zwar kein Heimatbund, aber ein „Kulturbund“ mit Rainer v. Harbach als Generalsekretär formiert hatte: Treibende Kraft dabei war zweifellos der Herausgeber der „Salzburger Nachrichten“, Gustav Canaval, der als ehemaliger Pressesprecher Julius Raabs in Heimwehrzeiten und Propagandist der Ostmärkischen Sturmsharen bei den Landbündlern äußerst gemischte Gefühle auslösen mußte. Canaval hatte im Zuge der Währungsreform oppositionelle Stellung bezogen. Neben dem „Kulturbund“ rief er im November 1947 als politische Plattform einen „Schutzverband zur Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte“ ins Leben. Dem „Schutzverband“ gehörte auch der Kraus-Mitarbeiter Lujó Tončić-Sorinj an, der schon von seinem familiären Hintergrund her altösterreichische, dalmatinische Tradition verkörperte, in

den dreißiger Jahren zum Heimwehr-Flügel um Major Fey gezählt hatte und seine Einstellung so charakterisierte: „Vor allem war es das konservative Element, weniger das christlichsoziale oder christlichdemokratische, das mich anzog.“

Um Mitte Jänner 1948 reisten Stocker und Brunner persönlich nach Salzburg zu einem Treffen mit Kraus. „Das Überraschende an der Aussprache war die Tatsache, daß Kraus mit den Plänen des ‚Kulturbundes‘ und des ‚Schutzverbandes‘ nicht konform geht, er also nur am Rande steht. Mit der Entsendung des Herrn von Tončić in dieses Gremium will er nur einen Flügel des Instituts darin verankert wissen. Kraus selbst will als Institutsleiter überparteilich bleiben und weiterhin den Deus ex machina spielen ... Kraus erklärte denn auch, niemals einer vierten Partei beitreten zu wollen, sondern nur auf einer unabhängigen Liste kandidieren zu wollen, sofern eine andere innerpolitische Lösung in Österreich nicht gefunden wird. Also ein Notbehelf. Er würde dann nicht seinem inneren Drange, sondern einer Notwendigkeit gehorchen.“

Kraus hatte für seine Besucher einen anderen Vorschlag in petto: Viktor Reimann, der führende Journalist von Canavals „SN“, „habe ihn schon öfters überreden wollen, mit ihm eine neue Partei zu gründen. Nach allem, so meinte er, sei also Reimann für unsere Ziele der gegebene Mann. Wir sollten uns an ihn halten.“ Brunner merkte an, daß Reimann „auch dem Plan Canaval-Tončić-Harbach ablehnend gegenüberstehe“, ja sich mit Plänen für eine eigene Zeitung trage. Stocker war einverstanden: „Es wird unsere Aufgabe sein müssen, Dr. Reimann für unsere Parteigründung zu gewinnen; er wäre der berufene Mann, um unsere Parteiabsicht unter seiner aktiven Mitarbeit in Salzburg und in den westlichen Bundesländern führend in die Hand zu nehmen ... Alle Gespräche in Salzburg haben mich und Dr. Brunner in der Ansicht bestärkt, daß wir zähe und zielbewußt an der Programmgestaltung und Vorbereitung des Heimatbundes weiterarbeiten müssen, damit der Heimatbund die Konzentration für alle Bestrebungen einer vierten Partei ist.“ Zwar nahm Stocker die Konkurrenz nicht tragisch: „Die Parteibestrebung von Tončić-Harbach-Canaval ist nicht sehr real, weil kein rechter Anhang und kein Kader dahintersteht; sie ist mehr ein politisierender Klub.“ Doch von der expliziten Feststellung des Vorjahres, man wolle „nicht von der Gnade der Alliierten gegründet sein“ bzw. eine frühere Gründung wäre „eine Verzettelung der Kräfte und nicht genügend psychologisch untermauert“, war man inzwischen offenbar abgegangen. Für die Errichtung von Zweigvereinen in anderen Bundesländern war allerdings ein Herzmanovsky-Orlandosches Papier namens Bestandsbescheinigung erforderlich. „Mit dieser Anmeldung [des Landesverbandes] müssen Sie leider noch zuwarten, bis Sie vom Zentralverein in Wien das beglaubigte Dokument der erfolgten polizeilichen Registrierung der Konstituierung des Zentralvereines erhalten haben“, schrieb Stocker an Markos. Der bekam das umgehend am eigenen Leibe zu spüren, als er im Februar 1948 perlustriert wurde, weil er sich „durch Herumzeigen eines Statutenentwurfes für einen zu gründenden Heimatbund für Österreich verdächtig gemacht habe“. Als die kommunistische Presse den Vorfall aufgriff, spielt der ‚Heimatruf‘ zwar noch nicht ganz mit offenen Karten, merkte aber kokett an: Sollte jemand wirklich eine neue Partei gründen wollen, „so wäre ein solcher Name gar nicht einmal so uneben“.

Die Erledigung dieses Formalaktes – die VV war ja längst gegründet und nicht untersagt worden – zögerte sich hinaus. Stocker meinte am 11. Mai, immer noch sei „die Frage in Schwebe, ob das Innenministerium den Verein auflösen will oder nicht“. In Graz ging damals grade erst der Soucek-Prozeß zu Ende, und das „Steirerblatt“ hatte seine Verwunderung darüber geäußert, daß „Stocker unbehelligt sein Treiben fortsetzen kann“. Stocker klagte das „Steirerblatt“ auf Ehrenbeleidigung, Hartleb aber entschloß sich, den Stier bei den Hörnern zu packen und direkt zu Innenminister Helmer zu fahren. Er bat Machold am 31. Mai um ein Empfehlungsschreiben. Er betonte, „wir lehnen mit aller Entschiedenheit eine illegale Betätigung ab, weil wir es nicht notwendig haben, uns gegen die gesetzlichen Vorschriften zu stellen. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir alles versuchen müssen, um uns und die

Menschen, welche mit uns arbeiten wollen, nicht gewaltsam auf eine illegale Bahn drängen zu lassen.“ Machold übernahm die Terminvereinbarung und beruhigte: „Vorerst nehmen Sie zur Kenntnis, daß mir der Minister zugesagt hat, den Verein nicht aufzulösen.“

Am 17. Juni fand dann die Aussprache zwischen dem ehemaligen und dem gegenwärtigen Innenminister statt. Sie scheint positiv verlaufen zu sein. Einige Wochen später sprach Stocker zumindest von der „Zustimmung von H.“, beschwerte sich aber weiter über die Bürokratie, die auch „prompteste“ Zusagen prompt nicht einhielt, „gegen die Weisung von H. alles endlos verzögert und offenbar auch unter dem Einfluß des Herrn Graf steht“, des ÖVP-Staatssekretärs. Der Eindruck, daß im Innenministerium die Rechte nicht wußte, was die Linke tat, trog ganz offensichtlich: Es lag vielmehr umgekehrt daran, daß sie es nur zu gut wußte. Eine nochmalige Demarche bei Helmer wurde in Aussicht genommen.

In der ordentlichen Generalversammlung der VV am 3. Juli 1948 in der Wiener Josefstadt wurden Schönbauer zum Obmann sowie Hartleb und der Wiener Rechtsanwalt Arnulf Hummer zu seinen Stellvertretern gewählt. Außerdem sandte Hartleb für die nächste Nummer des „Heimatrufs“ einen Leitartikel („Mit offenem Visier) ein, der „aus der Reserve heraustritt und ein klares Bekenntnis gibt“, wie Stocker ankündigte. Der Artikel war eine Replik auf einen Kommentar von Wolfgang Benndorf im Grazer SP-Organ „Neue Zeit“ („Heraus mit der vierten Partei“), der sich zwar grundsätzlich wohlwollend über ein solches Projekt äußerte, im speziellen jedoch Zweifel an der Eignung des Kreises um den „Heimatruf“ anmeldete. Hartleb erwiderte, der Artikel habe sich an die Menschen gewandt, welche „die Absicht haben, in Österreich eine neue Partei aufzurichten, sowie an die Kreise um den „Heimatruf“. Zu beidem bekenne ich mich offen ... Mag diese Partei auch formell noch nicht bestehen, ideell ist sie da.“ Eine Fußnote verwies auf die Verfassungstreue Vereinigung. Stocker ließ diese Nummer in einer erhöhten Auflage von über 50.000 Stück verbreiten, weil er mit der „allergrößten Beachtung in der Öffentlichkeit“ rechnete – zu Recht, wie sich herausstellte.

Denn die Offensive der VV, die mit Helmers Zusage die Krise überwunden glaubte und mit Hartlebs Bekenntnis ihre politischen Pläne tatsächlich offenzulegen begann, stieß frontal mit einer Gegenbewegung zusammen, die am 12. Juli mit der Verhaftung Manfred Jassers einsetzte. Das „Timing“ war gut gewählt, denn Machold, bei dem Hartleb telephonisch intervenieren wollte, war soeben auf Urlaub gefahren. Am nächsten Tag fand in Graz unter dem Vorsitz von Oberlandesgerichts-Präsident Gustav Zigeuner eine Besprechung über die Vorgangsweise der Behörden gegen den „Heimatruf“ statt. Das Justizministerium hatte zum wiederholten Male seine Ansicht dokumentiert, die Redakteure seien „vorsichtig genug, einen strafbaren Tatbestand zu vermeiden“. Wenn man schon gegen das Blatt vorgehen wolle – so gaben sie den Ball weiter –, möge man ihm doch die Papierzuteilung kürzen, was wiederum die Kollegen vom Innenministerium mit der klassischen Antwort quittierten, das sei nicht ihr Ressort.

Einen Tag später erschienen die „Heimatruf“-Redakteure mit Hartlebs Artikel beim Grazer Presse-Staatsanwalt Dr. Spork, einem Teilnehmer der Runde, der abwinkte: „Gegen diesen Artikel ist nichts einzuwenden.“ Erst am Abend teilte er telephonisch mit, nach Rücksprache mit dem Oberstaatsanwalt Hans Amschl müsse er mitteilen, die Auflage werde beschlagnahmt. Eine Vorsprache bei Amschl ergab, daß nur ein Satz als anstößig galt: „Unerbittlich und zu keinem Zugeständnis bereit werden wir allerdings dann sein, wenn es sich darum dreht, aus unserem Heimatland wieder einen Staat zu machen, in dem Recht Recht und Unrecht Unrecht ist, auch dann, wenn man versucht hat, solches durch Gesetze zu legalisieren.“

Die Redaktion beugte sich daraufhin den Wünschen der Staatsanwaltschaft und gab am Freitag, dem 16. Juli, eine zweite Ausgabe ohne den anstößigen Passus heraus, die reißenden Absatz fand. Das „Steirerblatt“ wurde indirekt zum Leidtragenden: Möglicherweise mit einer gewissen Übertreibung stellte das ÖVP-Blatt fest, wegen der zweiten Auflage des „Heimatrufs“ hätte bei der Leykam-Druckerei „selbst die parteieigene Zeitung warten

müssen“, während die ÖVP-Konkurrenz überhaupt zurückgestellt worden sei. Zu Mittag wurde diese Ausgabe nun ebenfalls beschlagnahmt, diesmal unter Berufung auf das NS-Verbotsgesetz. Die „Neue Zeit“ der SPÖ gab sich über das Echo, das sie ausgelöst hatte, überrascht. Sie erklärte den § 3d des NS-Gesetzes postwendend zu einem „Kautschukparagraphen“ und hielt es für eine „Pflicht der Offenheit“, „die Antwort unserer Gegner“ – die das Gericht im dritten Anlauf soeben als „zur Gänze“ wiederbetätigungsverdächtig erklärt hatte – „wenigstens andeutungsweise zur Kenntnis zu bringen“, nicht ohne anzumerken, das Bekenntnis Hartlebs verdiene in mancher Beziehung Achtung.

Hartleb war dafür, „die Sache unter allen Umständen durchzukämpfen“. Er wollte sich auch nicht mit den Stellen in Graz herumstreiten, sondern telegraphierte sofort an Helmer und Justizminister Gerö um eine Vorsprache. Helmer war am Telefon „sichtlich verlegen“. „Zur Beschlagnahme könne er erst Stellung nehmen, wenn er den Artikel selbst gelesen habe. – Ich erklärte ihm, daß ich gesonnen sei, eine Entscheidung herbeizuzwingen, ob es in Österreich überhaupt eine Demokratie gebe.“ Gorbach ließ dem „Heimatruf“ über einen Mittelsmann, vermutlich Dr. Otto Steidler, ausrichten, daß seiner Meinung nach „keinerlei Grund zum Einschreiten der Staatsanwaltschaft oder des Gerichtes vorliege“. Dem Gespräch war zu entnehmen, so hieß es, „daß er das Vorgehen gegen das Blatt nicht billigt und die Verantwortung dafür ablehne, wenn er auch scheinbar nicht geneigt ist, diesen Standpunkt öffentlich bekanntzugeben oder gegen das Vorgehen einzuschreiten. Wer nach der Vereinbarung mit Oberstaatsanwalt Dr. Amschl eingegriffen hat, um doch noch die Beschlagnahme durchzusetzen, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden.“ Hartleb vermutete dahinter den steirischen Bauernbund-Direktor Leopold Babitsch, weil dort „große Besorgnis“ wegen der Landbund-Konkurrenz herrsche.

Direktor des Bauernbundes auf Bundesebene war freilich Staatssekretär Ferdinand Graf, der sowohl Motiv als auch Gelegenheit hatte, das Vorgehen gegen den „Heimatruf“ zu fördern: Nach einer Unterredung mit ihm schrieb der politische Abteilungsleiter der amerikanischen Gesandtschaft in Wien im August: „Die Volkspartei verfolgt gegenwärtig eine Doppelstrategie: Alle Nazi-Gruppen zu zerschlagen, die man rechtlich irgendwie belangen kann, und zugleich um die Stimmen der Ehemaligen zu werben; wenn das Manöver gelingt, würde es nicht bloß die Bildung einer bedeutenden neuen Partei verhindern, sondern auch einen weiteren Wahlsieg der ÖVP bei den nächsten Wahlen nahezu garantieren.“

Das eigentliche Ziel der politischen Angriffe war deshalb auch die embryonale Partei, nicht ihr zukünftiges Zentralorgan. Die Vorbereitungen für den „Heimatbund“ hingegen liefen weiter. Schönbauer wollte „wie die Labour Party eine große Anzahl von Organisationen zu einem gemeinsamen Ziel lose zusammenfassen“ und dachte dabei auch schon an die parteilosen Betriebsräte. Am 4./5. September fanden in Wien unter seinem Vorsitz Beratungen statt, die sich bereits auf die Finanzierung erstreckten. Der „Heimatruf“ leistete für die Kanzlei der VV einen Vorschuß von öS 3.000,-. Langfristig sollte das Geld durch Spendenblocks aufgebracht werden. Die organisatorischen Vorbereitungen waren am weitesten in der Steiermark und überraschenderweise auch in Tirol gediehen, wo dem kranken Pembaur Rainer v. Hardt-Stremayr zur Seite stand, ein Nachfahre des österreichischen Ministerpräsidenten von 1878/79. Allerdings: „Für Oberösterreich und Salzburg muß erst der richtige Ansatz gefunden werden.“ In seinem Brief vom 13. September versprühte Steidler, der in Wien die Grazer vertreten hatte, noch Optimismus: Die Sicherheitsdirektion habe gegen die Vorbereitungen nichts einzuwenden. „Ich habe stark das Gefühl, daß man in gewissen Kreisen nunmehr das Vergebliche deren [sic!] Bemühungen einzusehen und sich mit der Tatsache unseres Auftretens abzufinden beginnt. Das dürfte auch bei den verschiedenen gerichtlichen Aktionen zum Ausdruck kommen.“

Dieser Tip erwies sich als falsch: Während Hartleb nach Kärnten schrieb, die Gründung der Zweigvereine sei endlich freigegeben, mit Scheuch ein Treffen beim Hengstenmarkt in

Feldkirchen vereinbarte und auch noch einmal mit Steinacher sprechen wollte, bevor er eine Gründungsversammlung einberief, hatte der Wind in Wien endgültig umgeschlagen. Am 22. September 1948 wurde die Verfassungstreue Vereinigung aufgelöst. Als Begründung dafür wurde angegeben, wie in der „Wiener Zeitung“ zu lesen stand, „die Richtigkeit der Wahrnehmungen, daß der Verein durch Vorstandsmitglieder mit der in Graz aufgedeckten neonazistischen Bewegung in Verbindung gestanden ist, hätte sich besonders in letzter Zeit erhärtet“. Das entsprach nicht den Tatsachen: Daß Soucek bei Stocker vorgesprochen hatte, war von Anfang an bekannt gewesen. Andere Anhaltspunkte gab es nach wie vor nicht. Die Akten des Innenministeriums und der Staatspolizei belehren darüber, daß seit Helmers Zusagen vom Juni absolut keine neuen Erkenntnisse über allfällige Umtriebe der „Verfassungstreuen“ bekanntgeworden waren. Schönbauer rief wegen der Auflösung des Vereines den Verfassungsgerichtshof an und bekam schließlich auch recht. Allerdings war von Anfang an klar, daß die Beschwerde erst im Laufe des Frühjahrs erledigt werden würde.

Bis dahin verging ein halbes Jahr. Ein halbes Jahr, in dem viel passierte. Über die Hintergründe, warum Helmer nicht länger seine schützende Hand über die VV gehalten hatte, wurde viel spekuliert. Der interne Schriftverkehr der Behörden läßt erkennen, daß weder von den Sicherheitsbehörden vor Ort noch von der Justiz irgendein Druck auf den Minister ausgeübt wurde, gegen die VV vorzugehen. Noch in der Woche nach deren Auflösung, als ein verschärftes Vorgehen gegen den „Heimatruf“ angeordnet wurde, lehnten Untersuchungsrichter und Ratskammer eine weitere Beschlagnahme ab. Erst ein Machtwort Zigeuners gab den Ausschlag. Am selben Tag, dem 29. September, wurde Klautzer wegen des Verdachts von Vergehen nach dem NS-Gesetz verhaftet.

Eine Woche später verlangte der geschäftsführende britische Hochkommissar, Generalmajor Sir John Winterton, von Helmer das Verbot des „Heimatrufes“. Er berief sich dabei auf den „Kautschukparagraphen“ des Besatzungsstatuts, das es als Aufgabe der Presse bezeichnete, dem nazistischen Ungeist entgegenzutreten. Nicht bloß „Wiederbetätigung“, sondern auch mangelnder Eifer in der Erfüllung dieser propagandistischen Vorgabe konnte folglich als Einstellungsgrund herhalten, Objektivität einmal mehr als untragbar gelten. Schönbauer vertrat die Ansicht, hinter der Aktion stehe Oskar Pollak, der Chefredakteur der „AZ“, der hinter dem Rücken Helmers die Briten aufgehetzt habe. „Als man General Winterton den wahren Sachverhalt mitteilte, sei er empört gewesen.“ Tatsächlich floß Winterton, als die Causa „Heimatruf“ im Exekutiv-Ausschuß des Alliierten Rates zur Sprache kam, nicht gerade vor Eifer über: Die Briten hätten sich „wegen bestimmter Verpflichtungen im Rahmen des Kontrollabkommens“ bereit gefunden, die Zeitung in ihrer Zone „aufzuheben“. Allen weitergehenden Vorschlägen und Schlußfolgerungen der Sowjets, die hier eine „Lücke der österreichischen Gesetzgebung“ witterten und um diese Zeit eben eine große Kampagne gegen die „Kriegstreiberei“ der österreichischen Presse entfesselten, trat er mit dem Argument entgegen, in England bestehe in Friedenszeiten keine Handhabe, Zeitungen zu verbieten, er sehe daher keine Veranlassung, ein solches Vorgehen den Österreichern nahezulegen.

Die hintergründige Fairneß der Briten läßt sich auch noch an einer weiteren Episode illustrieren: Die Polizei hatte sofort nach dem Verbot der Zeitung am 8. Oktober auch die Sperre der Redaktionsräume verfügt. Sie wurde über Vorsprache des Redakteurs Herbert Mörth, der einst für die Briten als Dolmetscher tätig gewesen war, beim britischen Sicherheitsoffizier, Major Ramsay, wieder aufgehoben. Dieser Liebesdienst hatte vornehmlich den Zweck, wie die Briten vermerkten, auch weiter in den Genuß abgehörter Telephonate zu kommen („to retain the advantage of Telephone intercepts“). (Besonders die Figur Mörths hatte es den Briten angetan: Er hatte einen Teil seiner Jugend in Istanbul verbracht, und es hieß, er sei als Abwehroffizier 1943 an dem Tag bei Mihailović' Četniks

aufgetaucht, als die Briten ihn im Stich ließen. Nunmehr plädierte er jedoch für eine Anlehnung an den Osten ...)

In einer internen Manöverkritik warf Stocker der „Heimatruf“-Redaktion vor, sie hätte sich „zu selbstherrlich und zu illoyal“ benommen, die Zeitung sei ihr „Selbstzweck und Geschäftszweck“ gewesen. Als Indiz für diese Verstimmung läßt sich vielleicht ein Beitrag Jassers in der letzten „Heimatruf“-Ausgabe anführen. Er enthielt den ominösen Satz, man müsse im Kampf gegen die „Volksdemokratisierung“ die „augenblicklichen Parteiinteressen“ zurückstellen, „möge es sich nun um bestehende oder gar um eine erst in Aussicht genommene handeln, zugunsten der endlichen Befriedung und der inneren Ruhe unseres Landes“. Das war nun gar nicht im Sinne des Heimatbundes, sondern vielmehr der Tenor der ÖVP-Propaganda. Hier deutete sich vermutlich bereits der Schwenk an, den ein Teil der Redaktion im Winter 1948/49 vollzog. Über den umstrittenen „Sitzredakteur“ Mastnak wußten die Briten, er werde „zu Recht“ als Spion der ÖVP verdächtigt. Das steirische ÖVP-Organ unterschied in seinem Nachruf auf den „Heimatruf“ auch sofort fein säuberlich zwischen „den alten abgelebten Politikern“ und den „jungen Idealisten“.

Die „alten abgelebten Politiker“ wollten sich jedoch nicht beirren lassen: „Der unentwegteste Aktivist in unseren Plänen ist Hartleb, der sagt, jetzt erst recht.“ „Ich habe nicht die Absicht, die Flinte ins Korn zu werfen, sondern werde mich noch sehr energisch gegen diese Machenschaften zur Wehr setzen.“ Der Heimatbund sollte zunächst nur in der Steiermark angemeldet werden, um Wiener Querschüsse hintanzuhalten, und über eine Pressegenossenschaft sollte eine neue Wochenzeitung gegründet werden, in der „nicht selbstherrliche Redakteurpolitik herrschen wird“. Als neuer Name wurde jetzt auch schon „Der Unabhängige“ erwogen.

Dazu sollte es nicht mehr kommen: Am 20. Oktober fand die zweite Verhandlung im Ehrenbeleidigungsprozeß Stockers gegen das „Steirerblatt“ statt. Den Beklagten wurde eine sechswöchige Frist zur Erbringung des Wahrheitsbeweises eingeräumt. Am 11. November wurde Stocker von der Staatspolizei ohne richterlichen Auftrag verhaftet und in der Folge vier Monate in Untersuchungshaft gehalten. Den Vorwand bildeten all die seit Jahr und Tag bekannten Vorwürfe wegen der Soucek-Geschichte. Im Sommer 1949, wenige Wochen vor der Nationalratswahl, stellte das Landesgericht das Verfahren gegen ihn ergebnislos ein, „weil durch die Rechtfertigung des Beschuldigten und etwa vierzig Zeugen erwiesen wurde, daß alle Anschuldigungen grundlos waren“. Für Stocker hatte die Verhaftung allerdings tragische Folgen: Seine Gesundheit litt unter der Haft; er starb frühzeitig, im Dezember 1950.

Hartleb feuerte am 17. November 1948 eine Salve empörter Schreiben an die beiden Parteichefs Figl und Schärf bzw. an den Bundespräsidenten Renner ab. Durchschlagender Erfolg war den Demarchen nicht beschieden. Figl wich aus, Schärf schob die Schuld auf andere, Renner erklärte, diese Frage hätten die Parteien zu entscheiden, er wolle sich nicht einmischen. Man mußte zur Kenntnis nehmen: Als Ausgangspunkt für eine „vierte Partei“ war der alte Landbund nach langem Hin und Her im entscheidenden Moment ausgeschaltet worden.

Schönbauer hatte die Generalversammlung der VV mit den Worten geschlossen: „Freunde haben wir viele – wir kennen sie nicht. Feinde haben wir wenige, aber wir kennen sie.“ Der Verdacht liegt nahe, daß er dabei in erster Linie an Staatssekretär Graf dachte, der um diese Zeit jovial erklärt haben soll: „Ich werde jeden einsperren lassen, der eine vierte Partei gründet.“ Das Zitat wurde unbeanstandet oftmals wiederholt. Graf schien die autoritären Absichten, die ihm da unterschoben wurden, gerne in Kauf zu nehmen, wenn dafür wenigstens eine gewisse abschreckende Wirkung eintrat.